



ÜBUNGS-NL 10. MÄRZ 2016 DAS PRINZIP DES TEILEN – DIE VIELEN GESICHTER DER SHARING ECONOMY

Zeitungsartikel: Gegen die Uber-Macht: Taxi 40100 arbeitet an eigener Sharing-App

In New York gibt es mittlerweile mehr Uber-Autos als Yellow Cabs. In Wien ist die Situation zwar nicht ganz so dramatisch, aber: "Der Grad der Besorgnis ist jedenfalls hoch", sagte Christian Holzhauser, Geschäftsführer der Taxifunkzentrale 40100, bei der Sharing-Economy-Konferenz am Montag in der Wiener Donaucity. [...]

Mit Fremden

Um die Uber-Macht nicht zu stark werden zu lassen, braucht das Taxiwesen neue Strategien. Denn die Marktsituation für die derzeit knapp 5000 aktiven Taxifahrer ist auch ohne Uber-Fahrer schwierig.

Seit Jahresbeginn arbeitet die Taxifunkzentrale bereits mit der Software-Firma Austrosoft an einer Sharing-Option bei ihrer Bestell-App. Mit dem Projekt schlägt man in dieselbe Kerbe wie Uber. Denn auf diesem Weg könne man die Autofahrt mit Fremden, deren Ziel auf dem Weg liegt, teilen und gleichzeitig Geld sparen. [...]

Maßnahmen nötig

Doch noch ist Uber hauptsächlich in der Bundeshauptstadt aktiv und die Stadt Wien steht unter Handlungsdruck. Denn die "Dienstleistungen auf Knopfdruck" werden generell in den verschiedensten Sparten immer gefragter. Bei der Privathotelvermittlungsplattform Airbnb stiegen die Angebote im vergangenen Jahr beispielsweise um 300 Prozent.

Im Juni wurde daher die stadtinterne Arbeitsgruppe "Shared Economy in Wien" gegründet. Bis Jahresende soll das Expertenteam eine Handlungsempfehlung ausarbeiten, wie Wien Geschäftsmodellen von Airbnb oder Uber begegnen kann. m Weg liegt, teilen und gleichzeitig Geld sparen.

Dabei stellte Taxifunkzentralen-Chef Holzhauser klar: "Wir haben keine Angst vor dem Teilen." Michaela Reitterer, Präsidentin der Österreichischen Hotelierversammlung, ergänzte: "Aber wir würden gerne mit gleich langen Spießern kämpfen." Es könne nicht sein, dass jene, die sich an Regeln halten, durch Auflagen bestraft werden. Gleichzeitig brauche es Regelungen, um Maßnahmen wie Mindestlöhne weiterhin garantieren zu können.

Kurier 03.11.2015 (gekürzt)